

# Gemeindenachrichten der Marktgemeinde Rohrau

Bezirk Bruck/Leitha – Land Niederösterreich



21. Oktober 2019

## Bürgerinitiative GEGEN DIE BREITSPURBAHN

### Sehr geehrte Bevölkerung!

Vorerst herzlichen Dank an alle Bürgerinnen und Bürger, die im Sommer die aufgelegten Unterschriftenlisten gegen die Errichtung der Breitspurbahn und des Verladeterminals unterfertigt haben.

Insgesamt haben **419 Personen aus unserer Gemeinde** unterschrieben.

Ich habe diese Unterschriftenliste mit der diesbezüglichen Stellungnahme zum Breitspurbahnprojekt an

- das Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie,
- Landeshauptfrau Mag. Johanna Mikl-Leitner
- ÖBB-Holding AG sowie an
- die überparteiliche „Bürgerinitiative gegen die Breitspurbahn“

übermittelt.

Nunmehr mussten wir feststellen, dass vom Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie mit GZ. Bmvi-323.330/0020-II/INFRA4/2019 der Umweltbericht der „ÖBB-Infrastruktur AB“ zur vorgeschlagenen Netzveränderung

**„Raum östlich von Wien – Staatsgrenze bei Kittsee (Strecke und Güterterminal)“**

unter der Adresse

[https://www.bmvi.at/verkehr/gesamtverkehr/strategische\\_pruefung/pruefungen/wien\\_kittsee.html](https://www.bmvi.at/verkehr/gesamtverkehr/strategische_pruefung/pruefungen/wien_kittsee.html)

zur Einsichtnahme aufgelegt wurde.

### Es gibt insgesamt 5 Standortvarianten



Quelle: Umweltbericht gem. § 6 SP-V-Gesetz

Gemäß SP-V-Gesetz kann die gesamte Öffentlichkeit uneingeschränkt (jede Person) Stellung zur vorgeschlagenen Netzveränderung und zum Umweltbericht nehmen.

**Der dafür vorgesehene Zeitraum läuft bis zum 12. November 2019.**

Stellungnahmen können per E-Mail an [spv@bmvit.gv.at](mailto:spv@bmvit.gv.at) gesandt werden.

**Ich ersuche Sie alle, geben Sie im Interesse unserer Bevölkerung eine negative Stellungnahme zu diesem Umweltbericht ab. Jede Stellungnahme ist wichtig und zählt!**

Zwar stehen weder der konkrete Trassenverlauf noch der Standort des geplanten Güterterminals inklusive Logistikzentrum fest. Ein Blick auf die Fakten lässt allerdings keinen Zweifel daran, dass die Auswirkungen auf die Lebensqualität in unserer Region enorm wären.

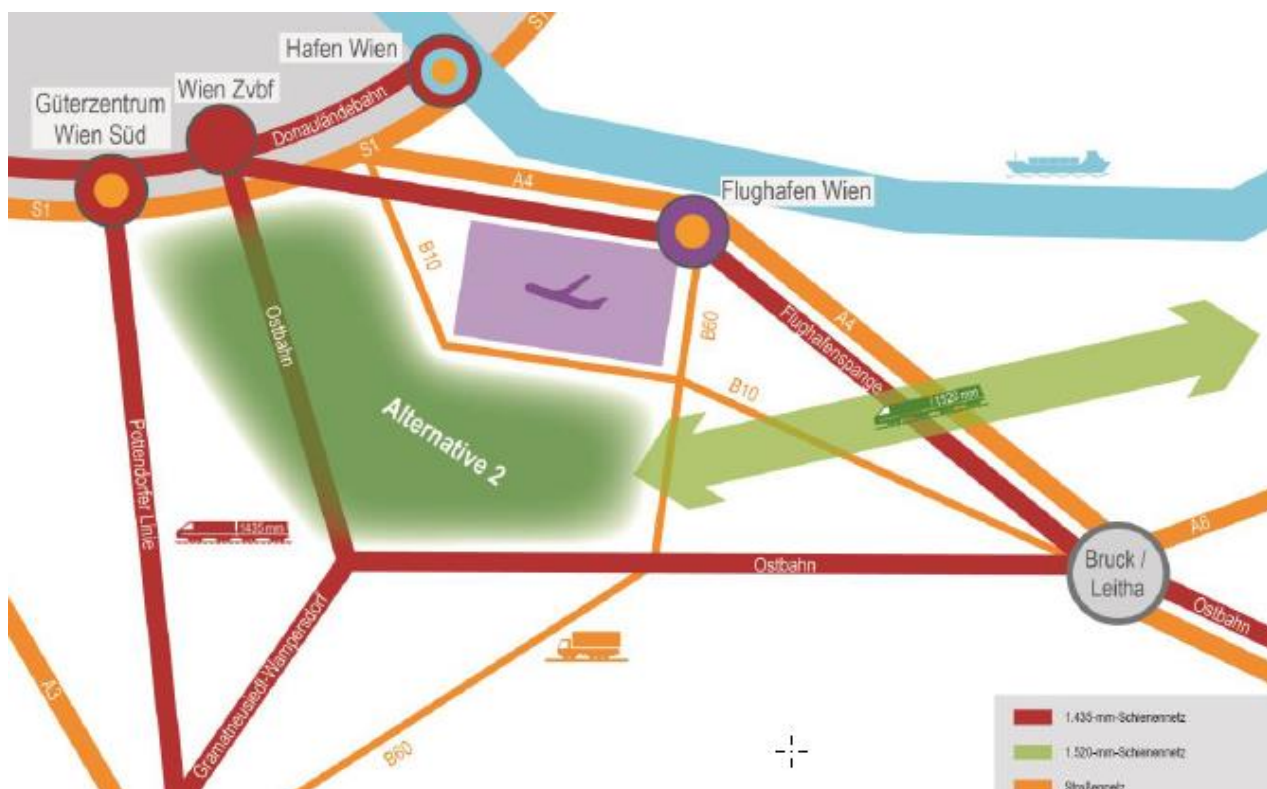
**Folgende 2 mögliche Standortvarianten werden favorisiert:**

- **Die Empfehlung aus dem Dokument:**

.) *Standort 2 die beste der untersuchten Alternativen*

Zwar mit „negativen ökologischen“, aber auch mit den „stärksten positiven“ Wirkungen aufgrund der Nähe zu Wien und der Verknüpfung zu anderen Infrastruktureinrichtungen

- **Standortalternative 2:**



Quelle: Umweltbericht gem. § 6 SP-V-Gesetz

In der Nähe von Wien, mit den betroffenen Gemeinden

Zwölfaxing – Ebergassing – Wienerherberg und Rauchenwarth.

Entlang der Ostbahn, eingegrenzt durch die B10 im Norden und die B60 im Osten. In der Nähe des Güterterminals Wien Süd, des Verschiebehofes, des Wiener Hafens und des Flughafens.

## • Standortalternative 5:

.) Standort 5 wird ebenfalls empfohlen

Zwar würde es einen „starken Eingriff“ darstellen, dennoch wären die negativen Auswirkungen durch die Strecke vergleichsweise „gering“



Quelle: Umweltbericht gem. § 6 SP-V-Gesetz

Östlich und nahe am Grenzübergang bei Kittsee gelegen, mit den betroffenen Gemeinden Potzneusiedl – Deutsch Haslau – Prellenkirchen – Pama – Gattendorf in direkter Nahelage zur A6.

Dieser Standort würde durch die räumliche Nähe auch unsere Gemeinde sehr stark betreffen.

### **Das sind die besorgniserregenden Fakten:**

- Geplant ist ein riesiger Güterterminal samt Logistikzentrum.
- Der bevorzugte Standort liegt zwischen Ebergassing, Himberg und Rauchenwarth. Alternativ dazu werden im Bericht Flächen zwischen Gramatneusiedl, Mitterndorf und Reisenberg genannt. Als weitere Standortalternative werden bereits Teile der Marktgemeinde Prellenkirchen in der Studie erwähnt, wodurch sicherlich auch unsere Gemeinde dann massiv betroffen wäre.
- Im ersten Schritt würden dann diesem Projekt 300 Hektar wertvolles Ackerland zum Opfer fallen.
- Der Trassenverlauf zum Terminal ist bislang noch völlig unklar.
- Täglich würden bis zu 5.400 Container umgeschlagen und ca. 40 Prozent davon auf LKWs verladen werden.
- Massive Lärm- und Schadstoffbelastung für unsere Bevölkerung wären die Folge.

- Das Verkehrsaufkommen in unserer Region würde explodieren und zusätzlich ca. 1.400 LKWs mehr pro Tag bedeuten.
- Sogar der Umweltbericht selbst konstatiert „erhebliche Auswirkungen“ auf unsere Umwelt. Ganz abgesehen davon, würde der massive Import billiger chinesischer Waren die heimische Wirtschaft weiter massiv schwächen.

**Aufgrund der Auflage des Umweltberichts ist dringender Handlungsbedarf gegeben. Wir unternehmen gemeinsam über alle Partei- und Bezirksgrenzen hinweg alles, um dieses Projekt zu verhindern!**

**Vizebürgermeister Albert Mayer und ich** sind, wie viele andere Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, (mehr als 20 Gemeinden) der „Bürgerinitiative gegen die Breitspurbahn“ beigetreten und es haben bereits einige Besprechungen stattgefunden, um eine gemeinsame Vorgangsweise zu schaffen.

Bei der Besprechung am 15. 10. 2019 wurde vom anwesenden Gremium beschlossen, dass verschiedene Stellungnahmen mit verschiedenen Rechtsvertretern vorbereitet werden.

- 1) Die Gemeinden des Bezirkes Bruck/Leitha lassen sich Stellungnahmen von Rechtsanwalt Dr. Vana aufbereiten, um diese rechtzeitig an das BMVIT zu übermitteln.
- 2) Die Bürgerinitiative gegen die Breitspurbahn selbst sowie die Nordgemeinden des Bezirkes Neusiedl am See lassen sich von Dr. Proksch juristisch vertreten. Dieser bereitet ebenfalls eine grundsätzliche Stellungnahme vor.
- 3) Die Gemeinden selbst werden parallel dazu ab sofort spezifisch für ihre Gemeinde wichtige Fakten und Darstellungen aufbereiten, welche dann jeweils für jede Gemeinde in die vom jeweiligen Rechtsanwalt erarbeitete Version eingearbeitet werden.

Wir sprechen uns klar gegen das gesamte Projekt und für den Erhalt der Lebensqualität in unserer Gemeinde aus. Unsere Region hat bereits mit zunehmendem Verkehr, Fluglärm und sonstigen Umweltbelastungen zu kämpfen. Das Projekt „Breitspurbahn“ muss unbedingt verhindert werden.

**Ich werde dem Gemeinderat der Marktgemeinde Rohrau in der kommenden Gemeinderatssitzung am 7. November eine Resolution gegen dieses Projekt zur Beratung vorlegen und diese nach Beschlussfassung an das BMVIT übermitteln.**

Es zeichnet mit freundlichen Grüßen

Ihr Bürgermeister

